



Große Anfrage

der PIRATEN-Fraktion

Beschluss der Drucksache 18/2384 – Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein

Vorbemerkung:

In der Novembertagung des Landtags wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen (Drucksache [18/2454](#)) zur Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein angenommen. Die darin enthaltenen Forderungen sind – wenn auch teilweise in abgeschwächter Form – weitgehend aus dem Antrag der Piratenfraktion „Ver-

meidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein“ (Drucksache [18/2384](#)) entnommen worden. Da dem Wunsch von CDU und Piraten, die von den Piraten unterbreiteten Vorschläge in Rahmen einer Anhörung im Umwelt- und Wirtschaftsausschuss genauer zu prüfen, seitens der Koalitionsfraktionen nicht entsprochen wurde, stellen sich nun umso drängender Fragen hinsichtlich der konkreten Umsetzung der Vorschläge der Piraten durch die Landesregierung.

Dazu fragen wir die Landesregierung:

1. Zur von uns vorgeschlagenen und von der Koalition beschlossenen Idee, die Aufklärung und Umweltbildung sowie die damit befassten Initiativen, Verbände und Bildungseinrichtungen, zu unterstützen:
 - a) Welche Form der Unterstützung plant die Landesregierung?
 - b) Welche Initiativen, Verbände und Bildungseinrichtungen sollen unterstützt werden?
 - c) Mit welchen Initiativen, Verbänden und Bildungseinrichtungen steht die Landesregierung derzeit in Kontakt?
 - d) Ist mit den Initiativen, Verbänden und Bildungseinrichtungen bereits darüber gesprochen worden, wo und wie die Landesregierung deren Arbeit unterstützen kann?
 - e) Falls ja, wann haben diese Gespräche mit welchen Umweltverbänden und Bildungseinrichtungen stattgefunden und welche Möglichkeiten zur Unterstützung der Bildungsarbeit durch die Landesregierung sind im Zuge dessen erörtert worden?
 - f) Arbeiten das Umwelt-, Wirtschafts-, Bildungs- und ggf. die Kulturabteilung des Innenministeriums in dieser Frage zusammen und falls ja, wie sieht die Aufgabenteilung konkret aus?
2. Zur Frage der Finanzierung der Programmierung:
 - a) Ist die Möglichkeit, die Förderung einer Modellregion aus bestehenden Förderprogrammen zu finanzieren bereits geprüft bzw. vorgeprüft worden und falls ja, mit welchem (vorläufigen) Ergebnis?
 - b) Ist die Möglichkeit der Finanzierung eines Umweltpartner-Programms für den Handel aus Mitteln des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) sowie des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereits geprüft bzw. vorgeprüft worden und falls ja, mit welchem (vorläufigen) Ergebnis?
 - c) Umweltminister Habeck lehnte den Vorschlag der Piraten, eine Umweltpartnerschaft sowie einen Ideenwettbewerb über eine Erhöhung des Erdölförderzinses zu finanzieren im Plenum am 13.11.2014 mit der Begründung ab, dass die (Zitat) „*Finanzierung von solch kleinteiligen Maßnahmen*“ ein Ansatz

sei „*der gar nicht benötigt wird.*“ Dazu stellt sich die Frage, mit welchem Finanzrahmen die Landesregierung hinsichtlich der Umweltpartnerschaft kalkuliert und aus welchen Quellen diese „*kleinteilige*“ Maßnahme finanziert werden soll?

d) Arbeiten das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium in der Frage der Finanzierung einer Umweltpartnerschaft und einer Modellregion zusammen und falls ja, wie sieht die Aufgabenteilung konkret aus?

e) Beim Fischen mit Schleppnetzen wird zum Schutz der Netze ein Scheuerschutz verwendet. Dieser aus Kunststoff bestehende Schutz wird mit der Zeit abgerieben, wobei Kunststofffasern ins Meer gelangen. Auf dem Symposium „Plastikarme Inselumwelt Föhr“ am 18. November 2014 erklärte die EPEA Internationale Umweltforschung GmbH, gute Möglichkeiten zur Entwicklung einer umweltfreundlichen Alternative zu sehen. Sofern sich die Fischer auf Föhr mit EPEA auf die Entwicklung eines alternativen Scheuerschutzes verständigen, könnte diese Entwicklung dann aus den Mitteln des „Fishing for Litter“ unterstützt werden und falls ja, hält die Landesregierung die Entwicklung eines umweltfreundlichen Scheuerschutzes für richtig und wird sie diese Entwicklung unterstützen?

f) Falls nein, aus welchen Gründen wird dies abgelehnt?

g) Hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Unterstützung des „Fishing for Litter“ bereits mit den teilnehmenden Fischern über eine Alternative zum bestehenden Scheuerschutz gesprochen und falls ja, wann wurden diese Gespräche geführt, wer hat daran teilgenommen und was genau ist besprochen worden?

3. Die Inselgruppe Föhr des BUND arbeitet bereits seit Anfang 2014 an der Idee einer lokalen Umweltpartnerschaft mit dem Handel (siehe hierzu Umdruck [18/3371](#)). Am 18. November 2014 fand unter anderem zu diesem Thema das vom BUND auf Föhr organisierte Symposium „Plastikarme Inselumwelt Föhr“ statt.

a) Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit lokaler Umweltgruppen und Händler aus Schleswig-Holstein in Bezug auf die Entwicklung von Lösungsansätzen für das Plastikmüllproblem?

b) Welche der von den Umweltgruppen und Händlern entwickelten Lösungsansätze hat die Landesregierung bereits aufgegriffen bzw. welche Lösungsansätze plant sie noch aufzugreifen und zur Umsetzung zu verhelfen?

c) Welche Anregungen und praxisnahen Lösungsansätze, die am 18.11.2014 auf Föhr erörtert wurden, wird die Landesregierung aufgreifen?

d) Welche konkreten Ansätze verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der Umsetzung der Umweltpartnerschaft?

- e) Welche konkreten Ansätze verfolgt die Landesregierung hinsichtlich der Einrichtung einer Modellregion?
- f) Welche Regionen kommen für eine Modellregion in Frage und welche Voraussetzungen müssen die Regionen dazu erfüllen?
- um g) Welche Vertreter bzw. Referate der Landesregierung haben am Symposium „Plastikarme Inselumwelt Föhr“ am 18.11.2014 teilgenommen und welchen Gesamteindruck konnte die Landesregierung dabei mit Blick auf die Lösung des Plastikmüllproblems gewinnen?
- h) Hat die Landesregierung abseits des Symposiums auf Föhr Gespräche zur Modellregion und zu Umweltpartnerschaft mit Umweltverbänden und dem Handel geführt und falls ja, wann haben diese Gespräche stattgefunden, welche Umweltorganisationen und Händler sind beteiligt gewesen und welche Inhalte sind erörtert worden?
- ge- i) Arbeiten das Umwelt- und das Wirtschaftsministerium hinsichtlich der Ausgestaltung einer Modellregion und einer Umweltpartnerschaft zusammen und falls ja, wie sieht die Aufgabenteilung konkret aus?
4. Während der Behandlung der Anträge zur Vermeidung von Plastikmüll im Novemberplenium erklärte der Abgeordnete Patrick Breyer die hinter dem Vorschlag der Piraten stehenden Überlegungen zu einer Umweltpartnerschaft. Demnach bietet eine Umweltpartnerschaft die Möglichkeit einen Markt für „die bessere Umweltperformance“ zu schaffen, womit der Verbraucher eine Möglichkeit erhält, Umweltvorteile zu erkennen und sich bewusst für diese zu entscheiden.
- a) Da sich die Landesregierung bislang nicht konkret zu ihren hinter einer Umweltpartnerschaft stehenden Überlegungen geäußert hat: Verfolgt die Landesregierung mit der Umweltpartnerschaft das Ziel, einen transparenten Markt für Umweltvorteile zu schaffen und falls ja, welche konkreten Ansätze verfolgt sie diesbezüglich?
- b) Sieht die Konzeption der Landesregierung vor, dass Verbraucher im Rahmen der Umweltpartnerschaft Umweltvorteile klar erkennen und danach handeln können und falls ja, wie soll dies konkret erreicht werden?
- c) Falls die Landesregierung mit der Umweltpartnerschaft nicht das Ziel verfolgt, einen Markt für das Angebot „Umweltvorteil“ zu schaffen, welchem Zweck soll die Umweltpartnerschaft dann dienen?
- d) Wo und wie möchte die Landesregierung gegenüber dem Handel Anreize setzen, sich an einer Umweltpartnerschaft zu beteiligen?
- e) Mit welchen Stellen und Institutionen hat die Landesregierung wann bereits Gespräche hinsichtlich der Ausgestaltung einer Umweltpartnerschaft geführt und welche Möglichkeiten sind im Rahmen dessen erörtert worden?

f) Sollen auch Umweltgruppen, Verbände, Verbraucherschützer und Händler an der Konzeption der Umweltpartnerschaft beteiligt werden und falls ja, welche Institutionen sollen in welchem Rahmen beteiligt werden?

g) Mit Blick auf das Symposium „Plastikarme Inselumwelt Föhr“ am 18.11.2014 sowie der Ablehnung einer Anhörung im Umweltausschuss durch die Koalitionsfraktionen: Plant die Landesregierung eine Anhörung oder Fachtagung, auf der die Ausgestaltung einer Umweltpartnerschaft weiter konkretisiert werden kann und würden zu einer solchen Veranstaltung auch die bereits mit dem Thema befassten Umweltgruppen und Händler eingeladen werden und würde eine solche Tagung öffentlich stattfinden?

soll: h) Falls eine solche Tagung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden warum?

i) Falls eine solche Tagung nicht stattfinden soll: Warum nicht und welche Expertise wird sich die Landesregierung stattdessen an welcher Stelle einholen?

5. a) Die Piratenfraktion gab dem Landtag im Zuge von Umdruck [18/3371](#) ein von der Deutschen Umwelthilfe in Auftrag gegebenes Gutachten zur Kenntnis, das zu dem Schluss kommt, dass eine Gebühr auf Plastiktüten mittels Einführung einer örtlichen Verpackungssteuer möglich ist. Wie bewerten die zuständigen Fachabteilungen der beteiligten Ministerien die im Gutachten erläuterte Möglichkeit, u. a. auch in Hinblick auf die jüngsten Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union?

b) Plant die Landesregierung die Einführung einer örtlichen Verpackungssteuer auf Plastiktüten?

c) Falls ja, für welche Art von Plastiktüten soll diese Verpackungssteuer gelten?

d) Führt die Landesregierung hinsichtlich der Einführung einer örtlichen Verpackungssteuer bereits Gespräche mit den Städten Flensburg und Kiel und falls ja, seit wann und wie stehen diese beiden Städte dem Vorhaben gegenüber?

6. Die Piratenfraktion hat in ihrem Antrag „*Vermeidung von Plastikmüll in Schleswig-Holstein*“ (Drucksache [18/2384](#)) gefordert, intensive Gespräche mit allen Anrainern der Nord- und Ostsee zur schnellen Vereinheitlichung der Hafengebühr- und Hafenmüllgebühren zu führen. Die Koalitionsfraktionen haben in ihrem Änderungsantrag (Drucksache [18/2454](#)) gefordert, dass darauf hinzuwirken sei, dass „*die Entsorgungskosten fester Bestandteil der Hafengebühr auch in den Häfen, wo das noch nicht der Fall sein sollte, werden (no special fee).*“

a) In welchen Häfen in Schleswig-Holstein sind die Müllentsorgungskosten noch nicht fester Bestandteil der Hafengebühr?

- b) Versteht die Landesregierung den oben zitierten Wortlaut im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen so, dass damit nur die landeseigenen Häfen gemeint sind, oder auch Häfen anderer Bundesländer und EU-Staaten?
- c) Wird die Landesregierung – auch unabhängig davon, wie sieden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen interpretiert – Gespräche mit allen Anrainern der Nord- und Ostsee zur schnellen Vereinheitlichung der Hafentiege- und Hafentüllgebühren führen?
- d) Falls nein, warum nicht?
- e) Falls ja, bei welcher Gelegenheit wird die Landesregierung mit den Anrainern der Nord- und Ostsee solche Gespräche führen?
- f) Sofern die Landesregierung bereits Gespräche dazu geführt hat: Wann wurden diese Gespräche mit wem geführt und was ist dabei besprochen bzw. verhandelt worden?

Angelika Beer

Torge Schmidt
und Fraktion